

Berliner Tageblatt

Nr. 260

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mofse in Berlin

T. W. Ein Mahnungsjahr, ein Verbrecher, der Kommunist oder sonst etwas sein mag, hat in Wien den Bundeskanzler Dr. Seipel zu ermorden versucht.

Attentat auf den Bundeskanzler Seipel.

Seipel durch Revolvergeschosse schwer verletzt. Selbstmordversuch des Täters.

Wien, 2. Juni. Gestern Abend ist auf den Bundeskanzler Seipel ein Attentat verübt worden. Der Kanzler ist schwer verletzt. In allen Kreisen rief die Nachricht größte Erregung und lebhaftestes Mitleid hervor.

dem die Arbeiter ihr Glanz verdanken, mitnehmen. Alles Nähere werde in den Morgenblättern zu lesen sein. Der Täter ist ein Spinner aus Ottensheim, dreißig Jahre alt.

Wien, 2. Juni, 2 Uhr nachm. Am 1 Uhr mittags wird das Finden des Bundeskanzlers als sehr günstig bezeichnet. Es ist keine Komplikation eingetreten.

Wien, 2. Juni. (W. Z. B.) Heute früh 7 1/2 Uhr wurde aus dem Krankenhaus über den Zustand Dr. Seipels folgender Bericht ausgegeben: Nach gut verbrochener Nacht allgem. zufriedener Schlaf.

Wien, 1. Juni. (W. Z. B.) Ruin. Er ist nicht so dumm, den unerschöpflichsten Feinden Deutschlands in die Hände zu arbeiten, und die Folgen, die sich daraus herausziehen lassen, zu tragen.

Die Teilnahme des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den österreichischen Bundespräsidenten Hainisch folgendes Telegramm gerichtet: Tieferschüttert durch die Nachricht von dem ruhelosen Anschlag auf den im Österreich hochverdienten, auch von mir sehr geschätzten Bundeskanzler Seipel verfolge ich Sie und das österreichische Volk.

Das gegenwärtige während der letzten Krisenwochen bei der Deutschen Nation eine besondere Intelligenz oder sogar ein Genie entdeckt? Dann hat er Anspruch auf den höchsten Forderlohn.

Es war vom ersten Tage der Krise an wahrscheinlich, daß die Deutschnationalen einen Anteil an der verantwortlichen Regierungsgeschäfte nicht übernehmen würden, und daß Schlangenscharf, härter sein würde als die Berg und Bergsch.

Der Wendepunkt in Frankreich.

Poincarés Abschied. — Millerands Rücktritt von der Linken fürmlich gefordert.

Die Kammereröffnung.

Der historische 1. Juni.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der 1. Juni d. J. wird eine geschichtliche Bedeutung haben, nicht nur für Frankreich, sondern auch für die Welt. Die Ereignisse dieses Tages lassen sich am besten würdigen, wenn sie in der zeitlichen Reihenfolge aufgeführt werden. Um 10 Uhr früh begann der Kongress der sozialistischen Vereinigung. Alle Führer waren zugegen. Der Generalsekretär Paul Faure verlas den Brief Gerriots an Léon Blum. Diese Aufzählung ist ein Auszug von der Geschichte des französischen Parlaments. Nicht die Mitteilung einzelner Parlamentarier wird in der offiziellen Verhandlung zu erreichen versucht, sondern die offizielle Mitarbeit einer ganzen Partei. Gleich wurde in der Debatte mit voller Einstimmigkeit eine Tagesordnung angenommen, in der gesagt wird, daß die Sozialistische Partei seiner Regierung zustimmen kann, welche ihre Macht aus den Händen des Präsidenten Millerand erhalten hat. Zu gleicher Zeit hat die parlamentarische Gruppe der Sozialistischen Partei eine Resolution gegen Millerand verabschiedet. Der Wortlaut wurde etwas abgeändert, um Gerriots Spielraum zu lassen. Aber der Text, der schließlich mit 111 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen wurde, ist noch fastig genug. Diese Resolution lautet: Die Partei der Sozialisten und die radikalen sozialistischen Deputierten sprechen die Ansicht aus, daß der Präsident der Republik, Alexandre Millerand, entgegen dem Geiste der Verfassung eine persönliche Politik getrieben hat, indem er für die Politik des nationalen Wohlwills eintrat, die von dem Lande verdammt worden ist. Die versammelten Deputierten glauben, daß ein Verbleiben des Präsidenten Millerand im Elisee das republikanische Prinzip gefährden würde, und daß die Fortdauer des jetzigen Zustandes eine Konfliktquelle für die Beziehungen zwischen Staat und Regierung und eine Befähigung für die Regierung selbst ist. Der „Interrançais“ weist daraufhin, daß Gerriot nicht unter den Deputierten gewesen sei, die ihr Verstum zu bewirken. Er hat sich also der Auffassung der Mehrheit angeschlossen. Eine ähnliche Resolution wurde von der linken Gruppe der parlamentarischen Sozialisten für den Brand und Poincarés gebildet und gemeinsam mit einer Gruppe der radikalistischen Sozialisten angenommen. Hier ist der Text des Millerand-Briefes formuliert. Es wird gesagt, daß jede Zusammenarbeit mit Millerand unmöglich sei, weil er die Pflichten seines Amtes mißachtet und die Leitung einer Politik übernommen hat, welche vom Lande verurteilt worden ist. Diese Resolution wurde unter dem Vorbehalt beschlossen, daß die Sozialisten sich von persönlichen Gründen, Erwägungen der Zeitungen, nicht leiten lassen, sondern nur nach dem Interesse der Nation handeln werden. Um zwei Uhr hat dann im Hotel Palais D'Oray der Kongress der Linken begonnen, zu dem auch die neue Gruppe der „gemäßigten Radikalen“ eingeladen war, die von Bourcier vor einigen Tagen gebildet worden war. Diese Sitzung dauerte zehn Minuten. Die Radikalen und die Sozialisten (zusammen etwa 300 Deputierte) haben einstimmig beschlossen, die (vorher mitgeteilte) Resolution der Radikalen und radikalen Sozialisten anzunehmen. Die Ernennung Poincarés zum Kammerpräsidenten zu unterstützen. Gerriot hatte den Vorbehalt, Rechts und Links von ihm selbst Poincaré und Blum. Gerriot wurde durch eine große Ovation begrüßt. Nach der Sitzung begab sich die Deputierten zu der Eröffnungssitzung in das Palais Bourbon.

erinnert an die wüsten Sitzungen der letzten Monate. Die Begrüßungsrede des Alterspräsidenten aber wirkte im Palais Bourbon als eine Neuheit. Professor Binard begann mit einem Dank für seine Eltern, die ihm die schmerzliche Krankheit hinterlassen hätten; Gesundheits. Meinen Eltern verdanke ich deshalb die Ehre, als Alterspräsident in voller Kraft an dieser Stelle zu stehen. Dann folgten, in vollendeter Form vortragend, andere Redebeiträge eines aufrechten und aufrichtigen Mannes: Wie sind hier die Erwählungen des allgemeinen Einkommens. Aber dieser Ausdruck ist falsch und irreführend, solange die Frauen nicht wählen dürfen. Obwohl wir alle nicht darüber fragen sollten, was ich doch gesehen, daß die gleiche, gleichfalls, was wir gemacht worden sind, jedem gläubigen Menschen verständlich ist. Binard fährt fort: „Die Wahl hat aber eine Gewissheit ergeben: Das Volk in seiner großen Mehrheit will nach links gehen, nach der Seite des Fortschritts, der Seite des Lebens! (Ein Sturm des Beifalls unterbricht den Redner). Das Volk will Fortschritt, nicht Stillstand und Reaktion. Das Volk lehnt die Gewalt ab, jede Art und Form der Gewalt. Das Volk will keine Diktatur, keine Herrschaft, keine Kammervermehrung, was sie kommt. (Rausch Beifall). Die letzte Kammer vermochte nicht, uns den Frieden zu geben, weil sie den Sieg nicht richtig aufgefaßt hat. Sie hat begreifen, daß zu diesem Sieg unsere Bundesgenossen und Freunde mit beigetragen haben. Es ist selbstverständlich, daß Frankreich für seine unglücklichen Leiden und Schäden Ersatz haben muß, aber Ersatz durch Gerechtigkeit. Wir wollen Gerechtigkeit durch das Gesetz, nicht durch die Gewalt. Wir wollen einen Frieden, den wir selbst herbeiführen wollen, und die Wunden, die wir wollen einen Frieden, der alle Wunden in Wärme vereint und für ewige Zeiten die herrliche Gabe des Wohlstandes herbeiführt, den wir alle! Ein Abgeordneter der Rechten rief: „Nagen Sie das Lebensbrot!“ Die gesamte Linke erhob sich und rief: „Wiegen Sie das Brot!“

Am Schluß der Sitzung verlas Binard einen Antrag des Kommunisten Gagnin, die Sitzung der Kammer solange zu verlagern, bis der Präsident der Republik seine Demission gegeben habe. Die Kammer noch nicht die Sitzung fortzusetzen, ist natürlich dieser Antrag gegen die Geschäftsordnung, aber er ist bezeichnend für die Stimmung des Parlaments. Die Rufe „Demission und Annetie“ klangen leiser als die Proteste der Rechten.

Am Abend des Sonntags bestand kein Zweifel mehr darüber, daß die gesamte Linke bald entlassen ist, den Präsidenten der Republik noch in dieser Woche zum Rücktritt zu zwingen. Die Montagblätter verurteilten in großen Heftigkeiten, daß die Schlußsitzung begonnen hat, und einige der Zeitungen, die bisher trotz der Politik des nationalen Wohlwills gehalten haben, verurteilten bereits, mit den Gegnern zu partiiieren. Aber Präsident Millerand rückt noch nicht ab. Seine Getreuen heuten geheimnisvoll an, daß er sein Pulver noch lange nicht verschossen habe.

Folgende Kombinationen werden besprochen: 1. Poincaré übernimmt die Aufgabe, eine Postkarte Millerands an das Parlament zu versenden und über die Verbleib abstimmen zu lassen. Diese Idee wurde im „Matin“ angebracht, aber sie soll abgegeben werden sein, weil Poincaré sich weigert, den sicheren Mißerfolg auf seine Kappe zu nehmen. 2. Wenn Gerriot sich weigert, die Regierungsbildung aus Millerands Händen zu nehmen, wird ein Ministerpräsident herbeigeführt, der nicht zur Mehrheit gehört, Kriegsminister Maginot. Dieser verlangt vom Senat das Mandat zur Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen. Der Senat ist neu, aber Millerand und Maginot sind nicht schäfer und legen die Verantwortung auf ihre eigene Art aus. Aber manche ihnen wohlgesinnte Zeitungen glauben, daß der Senat vielleicht nicht dazu geneigt sein könnte, sich diesem Staatsstreik im Kleinen herzugeben, und daß, falls die Kammer wirklich aufgelöst werden könnte, nicht 307 Mitglieder des Senatsrats für die Kammer gewählt werden würden, sondern gegen 500. Der Präsident Millerand wird für diesen Fall auch nicht gerettet, aber er hätte einen Ausweg, indem er sich mandats arrangieren ließe. Aber es ist nicht gesagt, daß Gerriot sich weigern wird, da er zwar im Prinzip auf dem Boden der radikalen Revolution steht, sich aber für die Ausführung vollkommener Freiheit vorbehalt. Deshalb wird auch mit der dritten Möglichkeit gerechnet, die zwar zur Demission führt, aber in einer milderen Form führen könnte. Gerriot würde die Regierungsbildung übernehmen, aber unter der Bedingung, daß Millerand sofort nach der Konstituierung des neuen Kabinetts freiwillig zurücktritt. Millerand könnte dann in einer Postkarte an das Land sich einen guten Abgang verschaffen, und diese Postkarte würde Gerriot mit Vergnügen verlesen. Dieser „Selbstmord“ würde die beste Lösung sein, weil sie am schnellsten vorüberginge und am wenigsten Schmerzen verursachte.

Aber es ist vorläufig nicht mit Sicherheit bekannt, wie die beiden Hauptbeteiligten darüber denken, Millerand und Gerriot. Die Optimisten, die auf die feste Entwidlung hoffen, haben das Programm der Woche fertig: Dienstag ist die Prüfung der Mandate beendet, am Mittwoch wird Poincaré zum Kammerpräsidenten gewählt, Donnerstag verabschiedet Millerand mit Gerriot über die Abnennungsabteilung, und Freitag verläßt Gerriot die Postkarte Millerands an die Kammer. Am Sonnabend bestimmt der Senat die Namen des künftigen Präsidenten, nämlich Poincaré oder Doumergue. Am Sonntag Nationalversammlung in Versailles zur Wahl des Präsidenten. Ein schönes Programm, aber es ist noch nicht gewiß, daß sich alles so glatt abspielen wird. Erst wenn morgen Dienstag — nach der Beratung der Fraktionen — die Situation und die Stimmung im Reich über die Wahlen bekannt wird, ist eine genauere Voraussage möglich. Vorläufig bleibt noch die Entscheidung der zweiten, unter den jetzigen Verhältnissen sehr wichtigen Frage abzuwarten, ob die Sozialisten an der Regierung teilnehmen. Der Entschluß wird erst heute gefaßt, aber es ist wahrscheinlich, daß die Beteiligung abgelehnt wird. Zagenen werden die Sozialisten sich nur unter der Bedingung beteiligen, wenn sie sich mit den Radikalen über ein Mindestprogramm geeinigt haben. Diese Eventualität hat gestern Blum angedeutet. Ein Aufschub zur Begründung dieses Mindestprogramms wird voraussichtlich heute gebildet werden.

Paris, 2. Juni. (Privat-Telegramm.) Das „Journal“ erfährt, daß Poincaré noch schnell einen neuen französischen Posthalter für Kopenhagen ernannt habe: seinen bisherigen Kammerdirektor Gerriot. Der neue Posthalter könne Deutschland sehr genutz, und dieser Posthalter würde für den Beobachtungsstellen in Kopenhagen besonders wichtig.

hätte, stang verheißungsvoll, aber man hat uns schon dieses, wenn auch selten so freundlich gesagt. Nun kann es darauf an, was Gerriot uns zu geben hat. Die Deutschnationalen in ihrem Bestreben, die bedeutenden Interessen der Partei mehr als die unbedeutenden des Vaterlandes zu hüten, eine sehr geschickte Parteipolitik getrieben haben, steht auch noch nicht ganz fest. Schließlich werden sie ja doch vor die Frage gestellt werden, ob sie das Amt annehmen oder ablehnen wollen, und dabei könnten sie in einige Schwierigkeiten mit jener Großindustrie geraten, deren Selbstfriede zu den unentbehrlichen Wertigkeiten gehört. Man wird sich fragen, das Substitut durch „alternierende Opposition“, Wählerliste und Heil der im Siegertraum bei Stimmung zu erhalten, aber es könnte auch da wieder von Gerriot, von den Zeiten Gerriots abhängen, ob der nationale Fortschritt oder fallen wird. Daß der General V. Cecchi jetzt gerade erlaffen hat, er würde gegen rechts ebenso wie gegen links schießen lassen, ist für diejenigen Individualitäten, die der alternierenden Opposition gegen einen heroischen Schwung geben wollten, etwas unbedeutend. Gleichgültigkeit kann nicht jeder wie der General V. Cecchi von sich sagen, daß er „nicht so dünn“ sei, und es gibt zwanzigjährige Staatsweife, ältere Stammespolitiker und andere treuen Seelen, die alles gläubig hinuntergeschlucken, was sie in ihrer Nationalpresse lesen, und es gibt manche brave Kämpfer, die gleichfalls alles glauben und gar nichts hoffen. Eine Partei wie die Deutschnationale wird, welche Fehler und Sünden sie auch begehen mag, immer einer gewissen Anhängerschaft sicher sein. Die haben ja keinen Verstand“, hat Wilhelm II. von den Aldeutschen geschrieben, und dabei hat der Monarch gewiß nicht nur an den engeren Verband des Herrn Kuffiyat gedacht. Es ist ein unlegbarer Wortlein, wenn eine Partei, durch die und dünn, auf den Geist einer Elite zählen darf.

Um die Regierungsbildung.

Die Besprechungen Dr. Marx.

Die Frage der Kabinettsbildung scheint sich noch immer nicht ihrer Lösung zu nähern. Die Deutschnationalen entlassen gefahren die Abgeordneten Grafen Wacker und Berg zum Reichsanwalt Dr. Marx, um gewisse Bedingungen der Deutschnationalen Parteiführer zu stellen. Zu gleicher Zeit fand Dr. Berg ein Gespräch mit der Deutsche Volkspartei, in dem er erklärte, daß nach der Resolution seiner Partei die Fäden zur Bildung eines Bürgerbündels noch nicht verschlungen seien. Als Hauptbedingung der Deutschnationalen für ihren Eintritt in die Regierung wird jetzt der Rücktritt Dr. Stresemanns bezeichnet. Die Deutsche Volkspartei hat heute vornehmlich ziemlich vollständig zu ihrer entscheidenden Fraktionssitzung zusammen. Heute ist am Sonnabend erklärt, daß nach der schiefen Lösung der Deutschnationalen nunmehr ihre Rolle als christlicher Helfer ausgeübt sei, so ist jetzt teilweise eine andere Beurteilung der Sachlage in ihren Reihen eingetreten. Die Deutschen Volksparteier scheinen nicht werden zu wollen, daß die Deutschnationalen durch dieses Schreiben und durch dieses neue Angebot den Volksparteier die Verantwortung für das Scheitern eines Bürgerbündels zuzuschreiben versuchen. Denn nachdem die Deutschnationalen ausdrücklich, ganz abgesehen von den persönlichen Fragen, erklärt haben, daß nicht nur in den Jahren, sondern auch in der Zukunft ein Bürgerbündel eintreten und die Verantwortung auch sichbar ihren Ausdruck finden müsse, ist es ganz unmöglich, mit ihnen eine erfolgreiche Kampfpolitik zu treiben. Schon aus diesem Grunde kommt, solange sie nicht ihre Resolution über den Kaufen lösen, ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Mittelparteien nicht in Frage.

Der Reichsanwalt empfing übrigens auch den Abgeordneten Professor Wredt, den Führer der Wirtschaftspartei. Dr. Wredt konnte sich aber noch nicht über die Stellungnahme seiner Partei äußern, solange nicht gewisse Punkte von der Reichsregierung klargelegt seien.

Die sozialdemokratische Fraktion tritt heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Wie wir hören, hat Dr. Stresemann dem Reichsanwalt Dr. Marx gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er kein Hindernis für die Kabinettsbildung sein würde.

Ueber die Verhandlungen im Ausschuss bezüglich der Frage der verhängten kommunikativen Abgeordneten Weisser, Einbau und Schlichte wurde zunächst Vertraulichkeit beschlossen. Die Fälle werden heute im Plenum noch nicht verhandelt werden, sondern erst morgen im Ausschuss nochmals durchgesprochen.

Die Bedingungen der amerikanischen Anleihe

Gerriot, auf das äußerste überzähnt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. Juni.

Gerriot hat gestern einige Mitteilungen über seine Unterhaltung im Elisee gemacht, die sehr stark von den offiziellen Darstellungen abweichen. Millerand hat Gerriot betragt, ob die neue Regierung es als ihre erste Aufgabe betrachten würde, das Budget mit ja beantwortet. Darauf er teilte Millerand und der Finanzminister Marfa die Bedingungen der Morgan-Anleihe mit, die Gerriot auf das äußerste überzähnt. Seine schärfsten Erwartungen seien hinter den Laufenen zurückgeblieben. Um eine Anleihe von 100 Millionen Dollars zu gewähren, verlangen die amerikanischen Bankiers 1. eine Gewährleistung (28 Millionen Goldfranken) und 2. die Hebung einer neuen Reihe von Zerschnittungen, von denen einige allgemeiner Natur waren, andere aber einen ganz bestimmten Charakter tragen, über den Gerriot sich zunächst nicht äußern will. Ueber diese Bedingungen ist ein schriftliches Abkommen getroffen, das Poincaré unterzeichnet hat. Gerriot sagte: „Wenn ich doch jemandem Geld leihen will, er meine ihn als Weibchen verlangt, dann ist es in Ordnung. Aber wenn der Geldgeber darüber hinaus noch über meine privaten Angelegenheiten bestimmen will, dann finde ich dieses Verlangen als etwas übertrieben. Genau so aber ist es geschehen. Die Geldgeber haben Frankreich wie die Türkei behandelt, und der Finanzminister hat diese ungläubigen Bedingungen unterzeichnet. Ich habe dem Präsidenten Millerand gesagt, daß ich für dieses Verhalten keine Entschuldigung finde.“ Diese Information, welche die Mitteilungen der Rede Gerriots über die amerikanischen Anleihe sind, steht nicht etwa in einer sozialistischen Zeitung, sondern in einem jeden Kommentar, was durchaus seltsam ist, da in diesem Falle jeder Kommentar als überflüssig erachtet.

Gerriot hat, wie bei dieser Gelegenheit erwähnt sei, unter den zahlreichen Glückwünschen der Linksparteien auch Telegramme aus Kanada erhalten. Ramsay MacDonald hat ihm sofort geschrieben und sich sehr freundschaftlich dazu erboten, selbst nach Paris zu kommen, um mit Gerriot zu sprechen.

Die Anknüpfung einer Sammlung aller Abkommen vorliegend, die von Firmen, Verbänden usw. mit der Meum oder der Rheinlandkommission abgeschlossen wurden, so...

Ein Einkommensvertrag über Dividenden auf Bergwerksaktien. Die wird geschrieben: „Nach § 8 Absatz 1 des Einkommensgesetzes...“

Der Verband sächsischer Industrieller zur Frage der Kredit. Die Kreditnot, die seit dem Verfall des Reichsbankkreditors...

Essener Creditanstalt. Den Abschluss des Instituts das bei einem Überschuss von 1.029.900 B.M....

Die Braunschweigische Sparkassenbank (Leihhaus-Anstalt) erzielte in dem am 31. März 1924 ablaufenden Geschäftsjahre...

4791.925 B.M. Schuldner mit 4789.902 B.M. und Gläubiger mit 9133.684 B.M. Mark.

Deutsche Continental-Gasgesellschaft. In der Generalversammlung wurde am 19. März einstimmig genehmigt: Die Dividende wird nicht verteilt, sondern der erzielte Überschuss von 553.667,50 B.M....

Halleische Maschinenfabrik und Eisengießerei Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloss, der auf den 25. Juni einberufenen ordentlichen Generalversammlung...

Chemischer Aktienpinner in Chemnitz. Der Aufsichtsrat beschloss, der auf den 27. Juni einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, von der Verteilung der Dividende abzustehen...

Kunstianstalt B. Gross Akt.-Ges. in Leipzig. Die Generalversammlung genehmigte den vorliegenden Abschluss und beschloss, den Überschuss von 10.878 B.M. neu vorzutragen...

M. Lissauer & Co., Köln. Die gesamten Aktien der Norddeutschen Chemischen Fabrik in Hamburg sind in den ausschließlichen Besitz der Firma M. Lissauer u. Co., Köln...

Die Getreideimportfirma Erwin Koppel in Frankfurt a. M. und Neustadt a. d. H. hat sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, gezwungen gesehen, unter Geschäftsinhaber...

Konkurrenz im Mai 1924. Im Bank 204 Konkurrenten eröffnet worden, gegen 135 im April, 62 im März, 42 im Februar...

Handlungsreisende in Dänemark. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat, die Gesamtsammlung der Handelsreisenden, haben vor einiger Mitteilung eine Aufnahme folgender Nachricht...

Die österreichische Handelsbilanz weist ein steigendes Passivum auf. Der Einfuhrüberschuss betrug 1922 640 Millionen Goldkronen...

Februar 1922 300 Millionen auf 188 Millionen angewachsen war.

Waren-Markt.

Bayer-Bauversicherungs-Akt.-Ges. Leipzig. Der Verlauf der am 27. und 28. Mai stattgefundenen Auktion dieser Gesellschaft war wiederum von der ungewöhnlichen Geduld bezeugt...

Zur Lage am Holzmarkt. Die Mobilienhändler haben heute zu tun; der Eingang von neuen Auktionen ist nicht absehbar...

Marktbericht über Drogen und Chemikalien (Drogen, Lampe & Co., Berlin). Ein Bericht über den Drogenmarkt...

Kaffee-Wochenmarkt. Die abgelaufene Berichtswache brachte den Kaffeehandel keine Belebung. Wenn auch das Angebot sich vorläufig noch...

Vom britischen Rohseidenmarkt berichtet die Pa. Reichert & Co., Glogau, am 30. März, dass das Geschäft der letzten drei Quartale...

Alexandria, 31. Mai. Baumwolle, Ashmud per April 38,90 (Vorjahr 38,15), Sakellaris per Oktober 39,95 (38,05), Sakellaris per November 40,40 (39,25).

Stegener Bank. Der Überschuss von 119.100 Millionen M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Leitender Redakteur der Handelszeitung: Dr. Adolf Roeder.

Kurszettel der Berliner Börse vom Montag, den 2. Juni 1924.

Table with multiple columns: Fortlaufende Werte (Ohne Gewähr), Unnotierte Werte, and various market indices like Kolonialwerte, Industriewerte, and Petroliumwerte. Includes sub-sections like 'In Milliarden Prozent' and 'In Billionen Prozent resp. Mark'.

EINHEITS-KURSE

Table of stock exchange rates and prices, organized into columns for various categories like 'Deutsche Staatsanleihen', 'Deutsche Pfandbriefe', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'. Each entry includes a company or bond name, its unit value, and the current market price.

